

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Unser Tag. 1947-1949 1949**

47 (26.4.1949)

# UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN



4. Jahr Nr. 47 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Dienstag, 26. April 1949

## Gewerkschaften rüsten zum 1. Mai

„Für Frieden, Recht auf Arbeit und ausreichende Löhne!“

Zum fünften Male seit dem Zusammenbruch begeht die gesamte werktätige Bevölkerung ihren 1. Mai; er ist seit 60 Jahren ein internationaler Kampftag für die Forderungen aller Schaffenden.

Die ersten Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes in der werdenden Demokratie liegen bereits hinter uns. Das neue Betriebsrätegesetz kann eine wirksame Hilfe auf dem Wege zur Verwirklichung einer neuen Wirtschaftsdemokratie sein.

Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist wieder hergestellt. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist verabschiedet. Das Gesetz über die Aufhebung des Lohnstops ermöglichte den Neuabschluss von Lohntarifverträgen.

Wir erwarten vom Landtag die schnellste Verabschiedung des Urlaubsgesetzes, des Arbeitsgerichtsgesetzes, der Schlichtungsverordnung, des Tarifvertragsgesetzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes.

Der 1. Mai steht unter der Losung:

**Frieden, Recht auf Arbeit und ausreichende Löhne!**

Die Lebenshaltung der Werktätigen hat

sich infolge der katastrophalen Auswirkungen der Währungsreform noch nicht wesentlich gebessert. Das Mißverhältnis von Preis und Lohn brachte eine unerträgliche Senkung des Realeinkommens. Diese Entwicklung konnte nur entstehen, weil die deutschen und in erster Linie internationale, monopolistische Kreise ihre wirtschaftlichen Positionen in unserem Lande wieder festigen konnten. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter als entscheidender Faktor in der Wirtschaftsführung konnte nicht restlos verwirklicht werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft steht unter dem Diktat internationaler Industrie- und Finanzkreise.

In deren Interessen werden volkswirtschaftlich nicht vertretbare Demontagen durchgeführt.

Durch die Ausfuhr von Rohstoffen (Holz, Kohle, Eisen usw.) wird der Aufbau einer Exportindustrie schwerstens gehemmt und die Zahl der Erwerbslosen vermehrt.

## Kehler Hafen muß deutsch bleiben!

Washingtoner Abmachung entspricht nicht den deutschen Interessen - Rückführung der deutschen Bevölkerung in vier Jahren!

Paris. Der französische Außenminister Schuman erklärte auf einer Pressekonferenz, daß bei den Besprechungen in Washington eine Einigung über die Kehler Frage erzielt worden sei. Der Hafen soll unter französisch-deutsche Verwaltung gestellt werden. Welche Rechte die deutschen Verwaltungsstimmen ausüben können, wurde nicht erklärt.

Diese Regelung der Westmächte steht genau so im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen wie die am letzten Wochenende durchgeführten „kleinen Grenzregulierungen“ im Westen. Schuman erklärte, eine endgültige Lösung bliebe dem Friedensvertrag vorbehalten. Er verschwieg dabei aber die Tatsache, daß uns der von allen deutsch-empfindenden Menschen schon längst geforderte Friedensvertrag durch das dem Westen Deutschlands aufzuzwungene Besatzungsstatut vorenthalten werden soll. Vor Ablauf dieses Jahres sollen 30 Prozent der früher in Kehl ansässig gewesen Einwohner in die Stadt zurückkehren können und innerhalb von vier Jahren alle Einwohner in die Stadt zurückgeführt werden.

Aehnliche Verhältnisse wie nach 1918

Dadurch, daß der Kehler Hafen der freien Verfügung durch deutsche Stellen entzogen wird, werden ähnliche Verhältnisse geschaffen, wie sie nach dem ersten Weltkrieg vor Abschluß des sogenannten Baden-Badener Abkommens bestanden. Dieses Abkommen lockerte damals erst die nach dem Krieg herbeigeführte wirtschaftliche Abschnürung Kehls vom unbesetzten Deutschland. Während 1923

der Hafenumschlag nur knapp 190 000 Tonnen betrug, stieg er 1924 (nach Abschluß des Abkommens) auf fast 1,3 Millionen Tonnen. Nur die volle Ausnutzung des Kehler Hafens für die deutsche Wirtschaft gibt die Gewähr dafür, daß die Kehler Bevölkerung, ganz gleich, ob Unternehmer, Gewerbetreibender oder Arbeiter, dort auch ihre Existenz finden.

## Deutsche Anklage gegen die Kriegsverschwörer

Alexander Abusch und Bernhard Göring sprachen in Paris und Prag

Paris. Der deutsche Schriftsteller Alexander Abusch, der im Namen der deutschen Delegation auf dem Weltfriedenskongress in Paris sprach, klagte die Westmächte an, die Urheber der Westzonenpolitik, der Verwandlung Westdeutschlands in einen Vorposten des Krieges und der Verwandlung des Ruhrgebiets in ein Waffenarsenal zu sein.

Er unterstrich demgegenüber die Bedeutung der demokratischen Politik in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die sich nach dem Potsdamer Abkommen richtet. Abusch warnte vor der großen Gefahr, die für die Unabhängigkeit und Sicherung der Völker

Frankreichs, Belgiens und der Niederlande mit der Verwandlung Westdeutschlands in einen Vorposten des Krieges verbunden ist.

Friedensvertrag vereitelt

Prag. Auf dem Parallelfriedenskongress in Prag dankte der zweite Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und Leiter der deutschen Delegation beim Weltfriedenskongress, Bernhard Göring, in einer Erklärung dem vorbereitenden Ausschuß für die Einladung deutscher Persönlichkeiten zur Teilnahme am Weltfriedenskongress. Göring versicherte, daß die auf der Delegation vertretenen demokratischen deutschen Männer und Frauen sich entschlossen für alle Maßnahmen einsetzen werden, die in Paris und Prag beschlossen werden.

Der Sprecher der deutschen Delegation bezeugte die Staatsmänner Großbritanniens, Frankreichs und der Vereinigten Staaten, die internationalen Vereinbarungen sabotiert zu haben, die dem deutschen Volk die baldige Einsetzung einer deutschen Regierung zu-

## Kuhhandel in Bonn geht weiter

Hintergründe der Scheinopposition der SPD-Führung enthüllt

Bonn. Die interfraktionellen Besprechungen zwischen CDU und SPD nach der Ueberreichung des Schreibens der drei westlichen Außenminister führten zu einer „Einigung“ über die strittigen Punkte der westdeutschen Separat-Verfassung. In ihrem Schreiben weisen die Außenminister nochmals darauf hin, daß die Richtlinien der Londoner Sechsmächte-Empfehlungen einzuhalten seien.

Auf der Grundlage dieses Schreibens wurden neue Vorschläge ausgearbeitet, die am Sonntag den Militärgouverneuren übergeben wurden. Eine Delegation des Bonner Rates erläuterte am Montag den Militärgouverneuren die neuen Vorschläge.

Nach diesen Vorschlägen hat sich die SPD weitgehend der Auffassung der CDU und den Anordnungen der Militärgouverneure gebeugt. Die Finanzverwaltung wird nicht für das gesamte westdeutsche Gebiet einheitlich vom Bund vorgenommen werden, sondern von den einzelnen Ländern.

Durch das Schreiben der Außenminister ist auch die CDU veranlaßt worden, etwas mehr auf einige Vorschläge der SPD einzugehen. In Kreisen des Parlamentarischen Rates ist man der Auffassung, daß die SPD-Führung von diesem Schreiben schon vor seiner offiziellen Uebergabe Kenntnis besessen und ihre Vorschläge auf dieser Basis gemacht hat.

## Lesen Sie heute:

- Heimkehrer kämpfen  
gemeinsam mit der KPD S. 2
- Der unfreiwillige Patient S. 3
- Werkstätige bei UNSER TAG  
zu Gast S. 4
- Sportbericht S. 5

Freiburgs Aussichten gesunken  
Lahrer Boxer hielten sich trotzdem  
Forsters Trick stellte Sieg sicher

## UNSER TAG am 1. Mai

Zum 1. Mai, dem Weltkampftag aller Schaffenden, wird UNSER TAG bereits am Freitag in einem verstärkten Umfange als Mal-Nummer erscheinen.

Wir bitten die Agenturen von UT und alle Genossen, die sich am Vertrieb der Mal-Nummer beteiligen, die Hinweise auf der zweiten Seite zu beachten.

## Badischer Gewerkschaftsbund gegen Atombombe

„Verwendung der Atomenergie zu Kriegszwecken muß verboten werden“

Freiburg. „Die beunruhigende Tatsache, daß die Atom- und sonstigen Geheimwaffen riesige Fortschritte macht, veranlaßt die Gewerkschaften als Vertretung der Werktätigen, mit allem Nachdruck gegen diese Entwicklung, die unweigerlich zu einem militärischen Zusammenstoß führen muß, Protest zu erheben.“ (Fortsetzung des Aufrufs Seite 2)

von den maßgebenden Mächten offen die militärische Aufrüstung mit allen Mitteln betrieben wird, und besonders die Entwicklung der Atom- und sonstigen Geheimwaffen riesige Fortschritte macht, veranlaßt die Gewerkschaften als Vertretung der Werktätigen, mit allem Nachdruck gegen diese Entwicklung, die unweigerlich zu einem militärischen Zusammenstoß führen muß, Protest zu erheben.“

„Die Gewerkschaften fühlen sich einig mit der gesamten friedlich denkenden Bevölkerung in der Forderung, daß unverzüglich alle Maßnahmen ergriffen werden müssen, um der drohenden Katastrophe vorzubeugen. Die gegenseitige Drohung mit Atom- und sonstigen Geheimwaffen machen es unbedingt erforderlich, daß durch eine Kontrollkommission, die den Verhältnissen entsprechend zusammengesetzt sein muß, in allen Ländern eine Nachprüfung der Produktionsstätten von Atom- und Geheimwaffen vorgenommen wird. Die Verwendung der Atomenergie zu kriegerischen Zwecken muß international verboten werden.“

Senator Connally, der diese Mitteilungen machte, sprach von einem angeblich „rein defensiven Charakter“ dieses Aufrüstungsprogrammes, das ebensowenig aggressiv sei wie der Atlantikpakt. Ob er angesichts der Tatsachen noch Dumme finden wird, die ihm das glauben?

## „Der 1. Mai in Südbaden“

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in unserer letzten Ausgabe eine Meldung, wonach der Vorstand des Badischen Gewerkschaftsbundes beschlossen habe, am 1. Mai in Südbaden keine Demonstrationen durchzuführen. Hierbei ist uns ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen. Ein diesbezüglicher Beschluß des Badischen Gewerkschaftsbundes existiert nicht. Es handelt sich hierbei lediglich um einen Beschluß des Ortsausschusses der Freiburger Gewerkschaften, der nur für die Durchführung des 1. Mai in Freiburg zutreffend ist.

## Abrüstung hintertrieben

Diese Politiker waren es — so erklärte Göring weiter — die u. a. den Beschluß der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom Dezember 1946 durchkreuzten, der eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen vorsah. Die gleichen Männer waren es, die sich später gegen die Vorschläge der Delegation der Sowjet-Union wandten, die Herstellung von Atombomben zu verbieten und die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln aufzuheben.

Bernhard Göring versicherte den Delegierten des Weltfriedenskongresses, daß Paris und Prag eine Verpflichtung bedeuten, die aber gleichzeitig die Sicherheit gaben, daß das demokratische Deutschland nicht allein steht. Es wird in seinem Kampf für Einheit, Demokratie und Frieden von allen fortschrittlichen Kräften der Welt unterstützt.

## Kurz berichtet

Für den Frieden und gegen die Atombombe wurden in Württemberg-Baden insgesamt 52 000 Unterschriften gesammelt.

Die Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress wurden von den drei Militärregierungen in den Westsektoren Berlins verboten.

Im Osterverkehr der Reichsbahn wurden im Ruhrgebiet rund 50 Prozent weniger Fahrkarten verkauft als im Vorjahr.

Drei Bremer Fischdampfer sind nicht mehr zum Fang ausgelaufen, da sie ihre Fische nicht mehr absetzen können. Man rechnet mit einer weiteren Verschärfung der Fischabsatzkrise.

Die Geistlichkeit Bulgariens protestiert gegen die im Ausland verbreiteten Behauptungen, daß in Bulgarien mangelnde Religions- und Bürgerfreiheit herrsche.

Gegen das Franco-Regime werden in allen Städten und Industriezentren der Sowjetunion Protestkundgebungen durchgeführt, in denen die Wiederherstellung der spanischen Republik gefordert wird.

Der amerikanische Heeresminister Royall ist zurückgetreten.









